

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

Landesparteitag

24./25. September 2011

Rede des Landesvorsitzenden Matthias Höhn

Freiheit als ein tragendes Moment demokratisch-sozialistischer Politik

- Es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,
meine sehr verehrten Damen und Herren Gäste,

heute vor 142 Jahren brachten in den Vereinigten Staaten zwei Finanzspekulant mit ihrem Versuch, den Goldmarkt unter ihre Kontrolle zu bringen, die New Yorker Börse ins Rutschen und lösten eine Finanzkrise aus. Der Tag ging als Schwarzer Freitag in die Geschichte ein – es war nicht der erste und sollte auch nicht der letzte bleiben. Heute, 2011, schauen Politikerinnen und Politiker, ja ganze Länder, eigentlich die gesamte versammelte Öffentlichkeit beinahe täglich auf die Eröffnungs- und Schlusstände der Börsen weltweit – es ist keine Übertreibung, wenn man behauptet, seit Monaten ist dies mehr mit Angst als mit Interesse begründet.

Woher rührt diese Angst? Sie ist die Folge einer jahrzehntelang verfehlten Politik. Alle Macht den Märkten – war die Parole im übergroßen Teil der Industriestaaten, auch in der Bundesrepublik. Öffentlichkeit oder Staatlichkeit galten als überholt, unflexibel, zu wenig gewinnbringend – der Markt sollte die Bilanzen nach oben treiben und Wohlstand befördern, so hieß es. Der „schlanke Staat“ war der Euphemismus hinter dem sich, so mussten alle in den vergangenen drei Jahren erfahren, de facto ein machtloser Staat verbarg. DIE LINKE hat diese Politik immer grundsätzlich und entschieden kritisiert.

Angesichts der dramatischen Folgen, die diese Politik mittlerweile nach sich gezogen hat und wahrscheinlich noch ziehen wird, verspüren wir keine Genugtuung, mit unseren Einwänden recht behalten zu haben. Umso klarer muss doch aber nun endlich die Konsequenz lauten: Es ist nicht hinnehmbar, dass irgendwelche privaten Ratingagenturen letztlich darüber entscheiden, ob ganze Volkswirtschaften in den Ruin getrieben werden oder wie in Griechenland Zehntausende ihre Jobs verlieren sollen. Das alles hat nur noch sehr entfernt etwas mit Demokratie zu tun, es degradiert die Politik zum Befehlsempfänger der internationalen Finanzmärkte.

Wieder einmal wird davon gesprochen, die Staaten hätten eine „galoppierende“ Staatsverschuldung in Kauf genommen und jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt. Meistens unbeantwortet bleibt dabei, wer eigentlich damit gemeint ist: die Verkäuferin im Supermarkt, die von Hartz IV abhängige Familie, der Gebühren zahlende Studierende, die Migrantin in der Sammelunterkunft? Nein, liebe Genossinnen und Genossen, sie sind es sicher nicht.

Auf der Internetseite des so genannten Steuerzahlerbundes findet sich eine Anzeige, die die ständig steigende Staatsverschuldung ausweist. Aktuell liegt sie demnach bei 1,978 Billionen Euro. Ohne Frage, für die allermeisten eine unvorstellbare Summe. Was der so genannte Steuerzahlerbund wie viele andere verschweigt, ist die Vermögensentwicklung. Zum gleichen Zeitpunkt lag das Nettoprivatvermögen in Deutschland bei 7,329 Billionen Euro – also mehr als dreimal so hoch. Pro Kopf bedeutete dies ein Nettoprivatvermögen von rund 90 Tausend Euro, vom Säugling bis zum Greis, jede Familie in Sachsen-Anhalt mit zwei Kindern würde demnach über ein Vermögen von über 350 Tausend Euro verfügen. Der in diesem Moment verwunderte Blick auf den eigenen Kontoauszug lässt sich zügig aufklären – von den über 7 Billionen Euro gehören fast 5 Billionen Euro dem reichsten Zehntel in dieser Bundesrepublik. Das ärmste Zehntel in unserem Land besitzt buchstäblich weniger als nichts – es versammelt auf sich private Schulden in Höhe von über 13 Milliarden Euro.

Es sei an dieser Stelle genug der Zahlen – aber was doch wenigstens hin und wieder deutlich ausgesprochen werden muss: Wer in einer Gesellschaft für solide öffentliche Haushalte und eine sparsame Politik plädiert handelt unredlich, wenn er nicht darüber spricht, wie viel Reichtum in diesem Land vorhanden ist und wie sehr dieser ständig wächst.

Für DIE LINKE bleibt es darum eine dringliche Forderung, endlich in Deutschland zu einer gerechten Steuerpolitik zu finden, die die permanente Umverteilung der letzten Jahre von unten nach oben stoppt und umkehrt und die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen so ausstattet, dass eine qualitativ hochwertige und dauerhafte Aufgabenerfüllung der öffentlichen Daseinsvorsorge ermöglicht wird. Dauerhafte Stabilität in den internationalen Finanzbeziehungen können wir nur dann erzielen, wenn wir zudem die Staaten von den Finanzmärkten abkoppeln und klare Regeln für den Finanzsektor einführen und den öffentlichen Einfluss deutlich stärken.

Liebe Genossinnen und Genossen,

im Kern geht es jedoch um weit mehr als Finanzierungsfragen. Es geht um die Frage der Demokratie. Oder: In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

Die Jahre 2009/2010 waren auch in Sachsen-Anhalt Anlass, mehr als einmal über die Friedliche Revolution von 1989, die ersten freien Wahlen in der DDR 1990 und den Gewinn freiheitlicher Rechte vor zwanzig Jahren zu reflektieren. Die Menschen in Ostdeutschland können stolz darauf sein, was sie in dieser Zeit für sich und dieses Land erkämpft haben –

nicht zuletzt das Recht einer Oppositionspartei wie uns, sich heute hier in aller Öffentlichkeit zu versammeln und die Regierungspolitik scharf zu kritisieren.

Der real existierende Sozialismus war nicht ohne Erfolg bei der Sicherung sozialer Rechte und der Herstellung sozial gleicher Teilhabe. Er blieb es jedoch schuldig, seinen Bürgerinnen und Bürgern das Recht zuzugestehen, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten, umfassende politische Freiheiten in Anspruch zu nehmen und demokratische Kontrolle der Politik auszuüben. Wenn wir heute formulieren „Freiheit und Sozialismus“, so ist dies auch dieser bitteren historischen Erfahrung geschuldet – wir wollen es nicht noch einmal zulassen, dass politische und soziale Rechte gegeneinander aufgewogen oder ausgespielt werden. Mehr noch: Freiheit muss ein tragendes Moment demokratisch-sozialistischer Politik sein.

Wenn wir im Jahr 2011 über die Entdemokratisierung von Politik reden und für mehr Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen streiten, dann tun wir dies, gerade weil wir die gewonnene Freiheit von 1989 verteidigen wollen. Setzt sich im Zuge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise die soziale Spaltung weiter fort und damit die zunehmende Verfestigung von Perspektivlosigkeit großer Teile der Bevölkerung, droht das Versagen unseres demokratischen Systems. Wenn die Bundeskanzlerin den so genannten Rettungsschirm zuerst mit den Spitzen der Banken klarmacht und irgendwann danach auch mal die gewählten Abgeordneten befragt, muss sich niemand darüber wundern, wenn Bürgerinnen und Bürger von ihrem Wahlrecht nicht mehr Gebrauch machen. Wenn die Vertreter der großen Parteien monatelang darüber verhandeln, ob der Regelsatz nun um fünf oder acht Euro erhöht wird und gleichzeitig das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung errechnet, dass der Afghanistaninsatz der Bundeswehr die öffentliche Hand – unter der Voraussetzung, dass 2013 mit einem Abzug begonnen werden kann – 36 Milliarden Euro gekostet haben wird, soll niemand in Bundes- oder Landesregierung mehr darüber klagen, dass das Ansehen der politischen Institutionen ins Bodenlose gefallen ist.

Damit keine Zweifel aufkommen: Demokratie ist und bleibt die Aushandlung unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen, praktische Politik ist auf den Kompromiss dieser Interessen angewiesen. Aber Demokratie verliert ihre Akzeptanz, wenn sie nicht die Verbesserung der Lebenssituation der Bürgerinnen und Bürger und die Ermöglichung gleicher Teilhabe zum Ziel hat, wenn sie die Verbindung zur Lebenswirklichkeit der Menschen verliert, wenn sie Gesellschaft auseinandertreibt statt zusammenführt.

Unsere Gesellschaft braucht einen Demokratisierungsschub. DIE LINKE kann und muss dabei eine wichtige Rolle spielen. Erlebte Freiheit war und ist keine Selbstverständlichkeit.

Liebe Genossinnen und Genossen,

mittlen in dieser turbulenten politischen Zeit führt DIE LINKE eine Programmdebatte. Schlechtes Timing, möge man meinen. Aber es könnte auch eine Chance sein. Grundsätzliche Fragen werden mittlerweile selbst in den großen bürgerlichen Tageszeitungen gestellt –

darauf auf der Höhe der Zeit zu antworten, ist gerade für DIE LINKE eine Bewährungsprobe. Leider haben wir sie nicht immer bestanden. Zu sehr haben wir uns mit uns selbst beschäftigt. Nun werden einige zu Recht einwenden, Programmdebatte ist auch eine notwendige Form der Selbstverständigung. Wo kommen wir her, wo wollen wir hin? Was definiert unsere Gemeinsamkeit als Partei? Jedoch: Gesellschaftlich relevant kann und wird dies alles nur werden, wenn wir uns in den Dialog begeben mit der Öffentlichkeit, mit gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren. Nur dann können wir verhindern, dass Programmarbeit zur ideologischen Selbstbefriedigung verkommt.

Es reicht nicht, dass wir uns mal so auf Parteitag überlegen, wie die Welt doch aussehen könnte – wenn wir die Welt verändern wollen, müssen wir schon mit ihr in Kontakt bleiben. Letzteres habe ich in den vergangenen Wochen und Monaten so manches Mal schmerzlich vermisst. Wer sich beispielsweise bewusst dafür entscheidet, über das Bedingungslose Grundeinkommen mit gesellschaftlichen Initiativen und Partnern im Gespräch zu bleiben, wer bereit ist, im Bündnis für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt mit anderen gemeinsam für politische Mehrheiten zu kämpfen, die hier und heute etwas im Interesse von Bürgerinnen und Bürgern bewegen (auch wenn es ihn zu Kompromissen zwingt), beweist den Willen dazu. Wer sich für 28 Jahre Mauer bedankt, diskreditiert sich hingegen als ernst zu nehmender Demokrat und hat auch den letzten Bezug zur Realität verloren.

Liebe Genossinnen und Genossen,

als sich im Jahre 2005 PDS und WASG einigten, gemeinsam zur Bundestagswahl anzutreten, und zwei Jahre später die neue Partei DIE LINKE gründeten, geschah dies zunächst aus einem Moment des Widerstandes heraus. Es galt, der Agenda 2010 Widerstand zu leisten, der Rente mit 67, dem Afghanistankrieg oder der offiziellen Niedriglohnpolitik der anderen Parteien. Dieser Widerstand war bitter notwendig, er war leider nur begrenzt erfolgreich.

Widerstand allein kann tragfähig sein für eine soziale Protestbewegung, er reicht nicht, um eine auf Dauer tragende programmatische Basis einer Partei zu bestimmen.

Die unterschiedlichsten politischen und persönlichen Biografien versammelten sich damals hinter dieser Politik und kamen in einer neuen Partei zusammen. *Wie* unterschiedlich wir im Einzelnen jedoch sind, wurde erst durch unsere Programmdebatte offenbar. Und so war und ist es nicht verwunderlich, dass ein gestandener Gewerkschaftssekretär der Bundesrepublik alt, ein Mitglied einer Anti-Hartz-IV-Initiative oder ein ehemaliges PDS-Mitglied, das das Scheitern eines real existierenden sozialistischen Systems persönlich miterlebt hat – dass diese drei Persönlichkeiten, und es gibt sie jeweils zu tausenden in unserer Partei, unter sehr differenzierten Vorzeichen darüber reden, wie sie sich linke Politik im 21. Jahrhundert vorstellen.

Diese Situation ist Risiko und Chance gleichermaßen. Sie wird zum Risiko für den Erfolg einer Partei, wenn eine der drei Gruppen aktiv daran arbeitet, eine andere aus der Partei zu

drängen – mehr noch, wenn eine dieser Gruppen zum größeren Problem erklärt wird als die politische Konkurrenz. Immer wieder erliegen Teile der Partei diesem Reflex. Eine Chance wird es dann, wenn wir das Ziel linke Volkspartei sein zu wollen mit Leben füllen und es in unserer Partei selbst praktizieren. Gesellschaftlich mehrheitsfähig werden wir nur gemeinsam, oder wir werden es nicht.

Liebe Genossinnen und Genossen,

lasst mich an dieser Stelle etwas zu unserer innerparteilichen Kultur sagen.

Rechtsabweichler, Kriegstreiber, Regierungsfetischisten, Schnarchkappen – die Liste der Begrifflichkeiten ließe sich leider fortsetzen. Es ist gänzlich inakzeptabel, auf welchem Niveau einige mittlerweile angekommen sind, und es ärgert mich umso mehr, dass solcherlei Vokabeln mancherorts auch noch mit Beifall honoriert werden. Mit einem kulturvollen Umgang hat das nichts zu tun.

Ich sage das an dieser Stelle, weil auch meine persönliche Erfahrung der letzten Monate ist, dass dieser Umgang jeden offenen Dialog unmöglich macht. Oder, um einen Satz aus dem ersten Entwurf des Parteiprogramms zu adaptieren: Wo Kulturlosigkeit regiert, bleibt kein Raum für programmatische Debatte.

Aber: Es geht auch anders. Ich setze darauf, dass die Mehrheit der Mitgliedschaft nicht bereit ist, einen solchen Stil zu akzeptieren. Es gibt übrigens ein Vorbild dafür – die Redaktionskommission des Parteivorstandes. Vieles wurde uns vier Genossinnen und Genossen (also Katja Kipping, Sahra Wagenknecht, Ralf Krämer und mir) im Vorfeld zugetraut – am häufigsten wohl, dass wir angesichts der unterschiedlichen Strömungszuordnungen schreiend auseinander rennen. Dass es gelungen ist, eine Verständigung an zentralen Punkten zu erreichen und diese Verständigung auch noch durch den Parteivorstand zu bekommen – ist mehr als eine Kleinigkeit, es ist ein kultureller und politischer Gewinn für unsere Partei.

Im März 2010 legten Oskar Lafontaine und Lothar Bisky den ersten Programmentwurf der Öffentlichkeit vor. Dies war verbunden mit dem Aufruf, in eine breite Debatte einzutreten. Diesem ersten Entwurf habe ich damals nicht zugestimmt, und ich würde es auch heute, wenn er noch Verhandlungsgrundlage wäre, nicht tun. Warum?

1. Der erste Entwurf zeichnete in scharfen Konturen eine grundsätzliche Kritik des Kapitalismus. So notwendig diese war und ist – es mangelte an Differenzierung und vor allem dem Aspekt, an welchen konkreten Stellen, an welchen Potenzialen dieser Gesellschaft wir anknüpfen wollen, um in einem Prozess demokratischer Umgestaltung grundsätzliche Veränderungen zu erreichen.
2. Der erste Entwurf war nicht auf der Höhe der Zeit. Eine LINKE, die die Themen des sozial-ökologischen Umbaus, der digitalen Welt oder der Geschlechtergerechtigkeit so

stiefmütterlich behandelt, vergibt sich nicht nur Chancen, sie koppelt sich ab von gesellschaftlichen Umbrüchen und gefährdet damit letztlich ihre Politikfähigkeit – man könnte auch sagen, sie wird schlicht uninteressant.

3. Dieser Entwurf wollte die Partei in ein strategisches Konzept pressen, dass uns vor allem in den Ländern und Kommunen nur noch schwer bündnisfähig gemacht hätte mit anderen politischen Akteuren im Sinne einer Mehrheitsfindung.
4. Und dies ist für den Bestand dieser neuen Partei zentral: Alle drei Fehlstellen führten dazu, dass dieser erste Entwurf nicht in der Lage gewesen wäre, auf einem Bundesparteitag 90 Prozent der Mitgliedschaft oder mehr hinter sich zu versammeln.

Liebe Genossinnen und Genossen,

der nun vorliegende Leitantrag des Parteivorstandes für Erfurt ist wahrlich nicht der schönste Text unter der Sonne: er ist lang, bisweilen sehr kompliziert, manchmal auch widersprüchlich. Aber: Die grundlegende Überarbeitung im Laufe der zurückliegenden 18 Monate hat in allen vier genannten Punkten deutliche Fortschritte hervorgebracht.

An zentralen Stellen der innerparteilichen Debatte und Flügelauseinandersetzungen wurden gemeinsam getragene Lösungen gefunden. Birke Bull wird nachher noch ausführlich auf einzelne Aspekte eingehen. Ich will es darum an dieser Stelle bei einigen Bemerkungen belassen:

1. Unsere Geschichte

Zunächst einmal ist es meines Erachtens für den Identitätsgewinn einer Partei wichtig, unsere unterschiedlichen Biografien, Erfahrungen und Brüche als unsere gemeinsame Geschichte anzunehmen. Genauso wie die über Jahrzehnte kaum spürbare gesellschaftliche Akzeptanz linker Parteien und Bewegungen in der Bundesrepublik alt zum Erbe der ostdeutschen LINKEN werden, so werden auch das Scheitern des real existierenden Sozialismus und die Verantwortung der SED dafür zum historischen Bezugspunkt beispielsweise eines westdeutschen Gewerkschafters in unserer Partei. Demokratisch-sozialistische Politik für das 21. Jahrhundert ist weder glaubwürdig noch zukunftsfähig, wenn sie sich nicht mutig und offen den Kapiteln des Scheiterns im 20. Jahrhundert stellt. Ich bin überzeugt davon, hätte die SED/PDS nicht 1989/90 und den Jahren danach unter der Überschrift „Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System“ antidemokratischen oder dogmatischen Traditionen eine klare Absage erteilt – für Gesellschaft insgesamt wie auch für ihr Parteienverständnis nach innen – wäre sie nicht in den folgenden 15 Jahren in den ostdeutschen Bundesländern zur Volkspartei gewachsen und zum akzeptierten politischen Akteur auf den unterschiedlichen Ebenen.

Es war notwendig, die entsprechende Ergänzung in den Programmentwurf aufzunehmen.

2. Die Eigentumsfrage

Dieser Punkt war immer von grundlegender Natur für die Linke, und er wird es bleiben. Die Verteilung von Reichtum und Eigentum, und damit auch von Einfluss und Steuerungsmöglichkeiten entscheidet maßgeblich über die gesellschaftliche Entwicklung. Aber: Es gibt weder Automatismen noch einfache Antworten. Neben der Fragestellung „Wem gehört was?“ steht eben auch „Wer entscheidet worüber?“. Darum haben wir im Programm eine Erweiterung vorgenommen und nicht nur auf den Eigentumstitel abgehoben, sondern auch auf die Verfügung, also die demokratische Kontrolle und Rahmensetzung. Als Ostdeutsche wissen wir, dass staatliche Unternehmen nur wirklich nicht aus sich heraus wirtschaftlich vernünftig und ökologisch nachhaltig agieren. Und auch die Deutsche Telekom, als sie noch ein klassisches Staatsunternehmen in der Bundesrepublik war, war nicht gerade der Ort demokratischer Renaissance. Beide Seiten der Medaille gehören auf die Tagesordnung und in ein linkes Programm.

3. Unser Arbeitsbegriff

Ein linker Arbeitsbegriff muss anders als im ersten Entwurf deutlich über die Erwerbsarbeit hinausreichen. Wir haben darum die entsprechenden Passagen im Programm erweitert und formuliert: „Menschliches Leben umfasst die physische, kulturelle und geistige Reproduktion und reicht damit weit über den Bereich der Erwerbs- und Lohnarbeit hinaus. Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit, denn ohne die täglich zu leistende Arbeit in der Haushaltung, in der Erziehung, Sorge und Pflege, im Ehrenamt und im Kulturbereich könnte auch die in Lohnarbeit investierte Arbeitskraft sich im gesellschaftlichen Maßstab nicht reproduzieren.“

Daran schließt sich an die Diskussion zum Bedingungslosen Grundeinkommen. Es wird kontrovers diskutiert – in der LINKEN und darüber hinaus. Pro und Contra sind zum Teil sehr grundsätzlicher Natur. Wir wollen in Erfurt keine abschließende Entscheidung in der Sache selbst fällen und rufen dazu auf, die Debatte darüber fortzusetzen.

4. Der internationale Teil

In diesen Tagen trifft sich die Generalversammlung der Vereinten Nationen. Schon der erste Entwurf maß der UNO eine zentrale Rolle zu, allerdings blieb er es schuldig darzustellen, wie diese Rolle untersetzt werden soll und an welchen Stellen und in welchem Sinne wir Reformen erreichen wollen. Der neue Text reagiert darauf und enthält eine entsprechende Formulierung: „Die LINKE erachtet als internationalistische Partei das Völkerrecht und die Vereinten Nationen als wichtigste Institution für die friedliche Verständigung zwischen den Staaten und Gesellschaften der Erde. Den globalen Herausforderungen kann die Menschheit nur friedlich, im Dialog und multilateral auf der Basis eines sich konsensual fortentwickelnden rechtlichen Rahmens begegnen.“

Es geht um die Zurückführung der UNO auf ihre eigene Basis, die Charta der vereinten Nationen; die Sicherung des Weltfriedens als zentraler Aufgabe der UNO; die Stärkung

der Generalversammlung und eine bessere Legitimation des UN-Sicherheitsrates. Unverändert haben wir belassen die Festlegungen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Kampfeinsätze nach Kapitel VII der Charta schließen wir für uns grundsätzlich aus, Einsätze nach Kapitel VI (also Blauhelmissionen) nicht. Für DIE LINKE galt und gilt: Wir wollen mit der Kriegslogik brechen und setzen auf eine zivile Konfliktbewältigung bzw. Konfliktprävention. DIE LINKE bleibt Friedenspartei.

5. Die sogenannten Haltelinien

Glaubwürdigkeit ist eine der am meisten gebrauchten Vokabeln, wenn wir über unser praktisches politisches Agieren reden. Zu Recht! Aber praktisches Handeln beginnt nicht in Regierungskonstellationen. Zu jeder Zeit, in Opposition wie Regierung, im Parlament und außerhalb, sind wir gefordert, unsere politischen Konzepte und Vorschläge auf Machbarkeit und damit Glaubwürdigkeit zu überprüfen. Und: Wer Haltelinien definiert, die objektiv nicht einhaltbar sind, wie dies im ersten Entwurf der Fall war, muss sich ebenfalls den Vorwurf der Unglaubwürdigkeit gefallen lassen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

der vorliegende überarbeitete Programmtext ist ein Spiegelbild unserer Partei: in ihrer Vielfalt, ihrer differenzierten Geschichte, ihren unterschiedlichen Hoffnungen und Erwartungen an Politik – und er zeigt, wo unsere Defizite liegen, wo wir inhaltlich besser und überzeugender werden müssen.

Vor uns liegt ein Bundesparteitag, der alles andere als einfach wird. Ich habe diesen Leitantrag mit erarbeitet – ich werbe dafür, ihn in den wesentlichen Feldern unverändert zu verabschieden. Ich tue dies in dem Bewusstsein, dass viele Kritik haben an der ein oder anderen Aussage. Und manche dieser Kritikpunkte teile ich auch. Aber: Das, was unsere Partei derzeit am dringendsten braucht, ist zu neuer Stabilität und Gemeinsamkeit zu finden. Und darum ist es so wichtig, am Ende keinen Programmentwurf zu verabschieden, der die Partei in eine knappe Mehrheit und eine ebenso knappe Minderheit spaltet.

In dieser Verantwortung stehen alle, in besonderem Maße der Parteivorstand und die Bundesparteitagsdelegierten. Selbstverständlich wollen und müssen wir in Erfurt über die einzelnen Themen noch einmal diskutieren, und selbstverständlich wird der Parteitag Änderungen vornehmen. Wir wollen selbst als Landesparteitag heute noch über eine konkrete Änderung des vorliegenden Textes diskutieren. Das ist auch völlig legitim. Aber eines sollte jedem klar sein: Scheitert der Versuch, die Programmdebatte in Erfurt zu einem breit getragenen Ergebnis zu führen, dann steht DIE LINKE selbst vor ihrem Scheitern. Und dafür ist dieses Projekt viel zu wichtig. Wir sind nicht für uns selbst da, wir sind gewählt worden, um heute, in dieser Gesellschaft auf reale Veränderungen zu drängen und dafür Mehrheiten zu finden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

in der Tat, unsere Partei ist derzeit nicht in bester Verfassung. Monatelange interne Auseinandersetzungen, gegenseitige Verdächtigungen und Personaldebatten haben uns gelähmt und blind gemacht, für die gesellschaftlichen Veränderungen, die sich vollzogen haben.

Ja, eine zerstrittene Partei ist wenig attraktiv für Bürgerinnen und Bürger. Aber auch eine geschlossene Partei, die sich dogmatisch an einmal gefasste Beschlüsse klammert, egal was rechts und links von ihr geschieht, wird sehr schnell uninteressant.

Ein Jahr mäßiger Wahlergebnisse liegt hinter uns. In der Summe ist dies keine Tragödie – es war klar, dass wir nicht auf ewige Zeiten den Siegeszug gepachtet haben. Aber wir dürfen eben nicht versäumen, aus diesen Ergebnissen unsere Konsequenzen zu ziehen. Ich lehne es ab, jetzt mit dem Finger auf Einzelne zu zeigen, die schuld sein sollen. Und all jenen, die auch heute wieder die Berlinerinnen und Berliner allein für ihr Ergebnis verantwortlich machen, sage ich zwei Dinge:

1. Ich bin immer wieder verblüfft, wie solidarisch-sorgsam öffentlich mit einzelnen Landesverbänden umgegangen wird, selbst wenn sie nicht mal drei Prozent einfahren, und wie simplifizierend wiederum anderen Landesverbänden wie etwa Berlin jeder Mist, ob er nun stimmt oder nicht, öffentlich vorgehalten wird.
2. Ich wünschte mir, dass nach zehn Jahren Rot-Rot in Berlin auch mal selbstbewusst darüber gesprochen wird, was wird dort gerade für die Klientel, die uns besonders wichtig ist, erreicht haben: 120.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, Gemeinschaftsschule, Tausende Stellen im ÖBS, Stärkung der direkten Demokratie und vieles mehr. Dieses Fazit gehört zur Redlichkeit dazu.

Ich werbe dafür, mal etwas genauer und tiefer hinzuschauen, wenn wir dieses Wahljahr 2011 bilanzieren.

Zunächst: In der Mitte der Gesellschaft regt sich eine neue Form von Emanzipation und Widerständigkeit. Es ist eine ganze Generation herangewachsen mit einem Lebensgefühl und einem Lebensentwurf, der so gar nicht in die Muster alt hergebrachter Parteienlogik passt. Und wenn es eben sein muss, dann wird eine neue Partei gegründet – wer wüsste das besser als wir. Wer aber glaubt, wir müssten als LINKE jetzt auch nur noch ein bisschen mehr Web 2.0 machen und dann könnten wir die Piratenwähler zu uns rüber ziehen, täuscht sich. Welche konkreten politischen Angebote machen wir, die die Lebenswelt der jungen Kreativen und Selbstständigen treffen? Ist eine Partei mit BO-Versammlung, Info-Stand und Luftballon das, was diese Generation interessieren kann? Schaut euch die Zahlen zur Mitgliederentwicklung an, sie sprechen eine klare Sprache.

Zudem: Politische Stimmungslagen und Konstellationen verändern sich – ob es uns passt oder nicht. SPD und Grüne werden von vielen Leuten nicht mehr als diejenigen angesehen,

die mit den Hartz-Gesetzen die soziale Spaltung vertieft haben. In fast jeder Umfrage und Wahlauswertung wird die höchste Kompetenz in der Frage der sozialen Gerechtigkeit den Sozialdemokraten zugewiesen. Nichts ändern wir daran, indem wir bockig reagieren und die Welt eine ungerechte und die Wählerinnen und Wähler vergesslich schimpfen. Nur durch ein selbstbewusstes und eigenständiges Profil bleiben wir interessant und bündnisfähig gleichermaßen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung wird sich noch einige Zeit hinschleppen – die Alternativoption für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wird eine Rot-Grün geführte Bundesregierung sein. Wo stehen wir in dieser drohenden Lagerauseinandersetzung? An der Seite, meckernd? Vor einem Jahr haben Gesine Löttsch, Klaus Ernst und Gregor Gysi ein Strategiepapier vorgelegt. Darin wurde angemahnt, DIE LINKE müsse zum Motor eines sozial-ökologischen Umbaus, zum Motor anderer politischer Mehrheiten werden. Sehr richtig, aber hat sich das in unserem praktischen Agieren gezeigt? Ich glaube, mehr als selten.

Und letztlich: Unsere Partei muss in Inhalt und Personal anschlussfähig sein in die Vielschichtigkeit unserer Wählerschaft. Es gibt ein großes Potenzial für eine sozial gerechte und emanzipatorische Politik. Aber in ihrer Vielfalt setzen diese einzelnen Gruppen unterschiedliche Schwerpunkte und auch Anforderungen an eine politische Partei. Der lohnabhängige Arbeiter am Band, die junge Akademikerin, der kleine Selbstständige, der Beamte, die Erwerbslose – alle finden sich in unserem Wählerpotenzial. Was sie oft auch bei uns vermissen, ist eine authentische Vertretung ihrer Interessen, was sie eint ist die Überzeugung, dass Solidarität und Gemeinsinn, ein handlungsfähiger Staat für mehr soziale Teilhabe aller beitragen können.

Wir dürfen nicht zu jenen gehören, die diese Gruppen immer wieder gegeneinander ausspielen, DIE LINKE muss die Kraft sein, die sie zusammenführt.

Liebe Genossinnen und Genossen,

spätestens 2013 findet die nächste Bundestagswahl statt. Der neu zu wählende Landesvorstand wird sie für unseren Landesverband vorzubereiten haben. In selber Verantwortung steht der nächste Parteivorstand für die gesamte Bundespartei. Wir haben nach dem Erfurter Bundesparteitag wenig Zeit, uns personell und inhaltlich dafür aufzustellen. Darum müssen wir uns sehr bald danach darüber verständigen, wie wir uns darauf vorbereiten wollen.

Ich selbst werde heute erneut als Landesvorsitzender kandidieren. Wenn ich zurückblicke, dann waren dies auch für mich herausfordernde zwei Jahre. Dem vorliegenden Bericht des Landesvorstandes will ich nichts hinzufügen. Ich will mich jedoch bedanken, bedanken für die große Unterstützung, die ich aus weiten Teilen des Landesverbandes für mein Engagement erhalten habe. Ich danke den Mitgliedern der Vorstände und Gremien genauso wie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wenn ich heute Bilanz ziehe, dann ist dies auch eine Bilanz meiner Arbeit auf der Bundesebene. Ich habe dort die Interessen unseres Landesverbandes genauso versucht zu vertreten, wie ich mich bemüht habe, in schwieriger Zeit gemeinsam mit

anderen die Partei zusammenzuhalten. Solange ich dafür die Rückendeckung in meinem Landesverband spüre, bin ich bereit, mich weiter in diesem Sinne zu engagieren.

Liebe Genossinnen und Genossen,

in unserem Leitantrag ist formuliert: „Wir sind überzeugt: DIE LINKE wird gebraucht als verlässliche Adresse im Alltag von Bürgerinnen und Bürgern und für einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel.“

Dafür will ich mich engagieren, mit euch gemeinsam.

Herzlichen Dank!